

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4420

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4420



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 11. August 2023

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Grassierende Straftaten – groteske Gerichtsurteile

Solidarisch?

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Was lesen wir dieser Tage für eine erfreuliche Medienmitteilung: Die Schweizer «Rechts-Wähler» seien zunehmend «solidarisch gegenüber Geflüchteten».

Nun kommt es natürlich darauf an, was für Fragen in so einer Umfrage gestellt werden. Ganz einfach: Man lege den Befragten fiktive Lebensläufe von Asylsuchenden vor und stelle dabei fest, dass «rechts der Mitte» die Solidarität um sechs Prozent gestiegen sei. Bei den Linken nur um vier Prozent. Beteiligt an der Studie waren die Hochschulen ETH, Berkeley und Stanford.

Hätte man den Befragten die Sündenregister der unten aufgeführten Delinquenten gezeigt, wäre das Ergebnis wohl zumindest auf der bürgerlichen Seite ganz anders ausgefallen. Ebenso, wenn man den Befragten aufgezeigt hätte, dass durch unsere solidaritätsheischenden Ukrainer die Flixbus-Fahrten Zürich - Kiew und Kiew - Zürich praktisch auf Wochen hinaus ausgebucht sind.

Aber das war wohl nicht das Ziel der Studie. Der Grüne Ständerat Mathias Zopfi verstieg sich gegenüber «20 Minuten» zu der Aussage, dass man aus den Medien nur überdurchschnittlich radikale und ausländerfeindliche Stimmen höre – die Bevölkerung ticke viel differenzierter...

Doch der Schuss ging nach hinten raus: Nur sieben Prozent von über 5'400 Teilnehmern befanden in der Leserumfrage, dass das Bewusstsein für menschliche Not geschärft sei. 75 % der Leser fanden, dass die Ablehnung gross sei. Und dies habe auch mit dem enorm gestiegenen Bevölkerungswachstum zu tun. Vielen sei es zudem auch nicht mehr wohl im eigenen Land.

Sozialhilfe à gogo

Gerade bei der Sozialhilfe wird es nun richtig prekär: Ausländer beziehen fast dreimal so häufig Sozialhilfe wie Schweizer. Jeder dritte Afrikaner oder über 38'000 Personen aus diesem Kontinent leben von Sozialhilfe – Tendenz steigend. Der Anstieg ist tatsächlich frappant: Die Zahl der ausländischen Sozialhilfe-Empfänger wächst vierein-

halbmal so schnell wie die der Schweizer. Wenn die Medien den Schweizern diese Zahlen offenbaren würden, wäre es mit der Solidarität wohl schnell vorbei...

Im Aargau alle sechzehn Minuten ein Delikt

Im Aargau wurden im 2022 über 32'000 begangene Straftaten registriert. Dies bedeutet, dass alleine im Aargau rund alle sechzehn Minuten ein Delikt verübt wird – Tendenz stark steigend! Allein von 2021 auf 2022 stieg die Zahl der Einbrüche um achtzig (!) Prozent!

Es ist schier unglaublich, was man nur im Monat Juli aus den Communiqués der KAPO Aargau entnehmen kann. Praktisch jeden Tag werden Asylbewerber beim Klauen, Einbrechen und dem Aufbrechen von Autos erwischt. Die Kriminalstatistik spricht Bände – und die Dunkelziffer der nicht angezeigten Delikte ist enorm hoch.

Mühsam zu sagen, dass auch regelmässig Frauen von Asylbewerbern belästigt und auch zu sexuellen Handlungen gezwungen werden.

Sie klauen wie die Raben!

Wer nur die Polizeimeldungen der Aargauer Kantonspolizei liest, wähnt sich – gelinde gesagt – im falschen Film. Hier nur ein Auszug aus dem, was im Aargau so «abgeht»:

14. Juli in Lupfig: Zwei Asylanten aus Tunesien und Marokko auf Diebestour;

15. Juli in Olten/Aarau: Zwei Asylanten aus Algerien und Libyen bestehlen Seniorin;

16. Juli in Zofingen: Asylant aus Algerien dringt in Haus ein;

16. Juli in Zofingen: Einschlägig polizeibekannter Asylant aus Algerien auf Diebestour;

21. Juli in Biberstein: Asylant aus Algerien auf Diebestour;

22. Juli in Reinach: Türke dringt in Haus ein;

22. Juli in Zofingen: Zwei Asylanten aus Marokko, die mehrere Einbrüche und Diebstähle verübten;

22. Juli in Oeschgen: Einbrecher auf frischer Tat ertappt – ein Asylant aus Marokko und zwei Illegale aus Algerien und Libyen;

25. Juli in Eiken: Ein Tunesier und ein Algerier stehlen Geld und Wertsachen aus parkiertem Auto;

25. Juli in Stein: Zwei Asylanten aus Algerien wollen aus parkierten Autos stehlen;

28. Juli in Brugg: Asylant aus Marokko und ein Illegaler aus Libyen durchsuchen parkierte Autos.

Auffällig ist, dass obige Meldungen ausschliesslich über Taten von Asylbewerbern berichten – von Leuten also, die bei uns angeblich Unterschlupf und Schutz suchen. Spricht man mit der Bevölkerung, so wird einem immer mehr klar: **Wir müssen Schutz suchen vor den Schutzsuchenden!**

Kuscheljustiz

Liest man dann die jüngsten Gerichtsentscheide, so wird einem schnell klar, dass die heutige Kuscheljustiz keine abschreckende, sondern eher anziehende Wirkung entfaltet. So konnte dieser Tage ein Mann aus dem Kaukasus, welcher seine eigene Familie bedroht hatte, erreichen, dass er nicht des Landes verwiesen wird. Konkret hatte die «Fachkraft» mehrfache Drohung, Nötigung, Tötlichkeiten und Beschimpfungen auf dem Kerbholz. Er hatte seiner Frau gegenüber, weil sie sich von ihm trennen wollte, Todesdrohungen ausgesprochen und sie als «Schlampe» und «Hure» bezeichnet.

Er bezieht selbstverständlich Sozialhilfe und ist unserer Sprache nicht mächtig. Gemäss «Aargauer Zeitung» lohnte sich der Weiterzug an das Obergericht auch betreff des Strafmasses. Statt einer bedingten Freiheitsstrafe von 16 Monaten, zu der ihn das Bezirksgericht Laufenburg verurteilt hatte, sprach das Obergericht lediglich eine Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu 10 Franken aus – aufgrund der Teilfreisprüche und des geringen Einkommens. Konsequenterweise erliess ihm das Gericht dann auch drei Viertel der zuvor vom Bezirksgericht aufgebrummteten Kosten...

Und sogar die reduzierten Kosten muss er erst bezahlen, «sobald es seine wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben».

IV auch bei Landesverweis

Endgültig absurd wird es, wenn jemand, gegen den wegen groben Delikten ein Landesverweis ausgesprochen wird, seine IV-Rente trotzdem erhält. Eine Anfrage von mir bei den Parlamentsdiensten ergab, dass dies Usanz und rechtens sei. Gegen die inflationär abgeschlossenen Sozialhilfe-Abkommen mit bald aller Herren Länder, welche diesen Unsinn überhaupt erst möglich machen, wehrt sich nur noch die SVP. Es ist doch stossend, wenn die Schweiz Sozialhilfe-Abkommen mit Ländern wie Tunesien abschliesst, die uns eine grosse Anzahl Asylbewerber senden.

Kosten explodieren

Der gigantische Asylbetrug kostet die Steuerzahler alleine für den Bund inzwischen über vier Milliarden – mehr, als wir für die gesamte Landwirtschaft ausgeben. Bei Einbezug aller Kosten auf Stufen Bund, Kantone und Gemeinden dürfte sich das Asylwesen inzwischen auf über zehn Milliarden jährlich belaufen. Tendenz weiter steigend.

Die mit der Studie vermittelte Beruhigungspille für das Schweizer Volk erreicht wohl eher das Gegenteil. So dumm und blind ist inzwischen kein rechtschaffener, sich im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befindlicher Schweizer, dass er nicht einsehen würde, was alles schief läuft.

Es ist unbegreiflich, dass die anderen Parteien und die Medien diese Zustände nicht wahrhaben wollen und nicht bereit sind, die SVP im Kampf gegen diesen gigantischen Missbrauch unseres Gastrechts zu unterstützen.

Hier gilt es im Wahlkampf Ross und Reiter zu benennen, damit die Wähler sehen, wer für dieses Desaster verantwortlich ist. Holen wir uns unsere Schweiz zurück – noch ist es nicht zu spät!

Andreas Glarner